

Begrüssung und Einführung

Verehrte Anwesende

Ich begrüsse Sie im Namen der Schweizerischen Bankiervereinigung zum heutigen Seminar über die Anfang nächsten Jahres in Kraft tretenden **Neuerungen bei der Einlagensicherung** und freue mich über Ihre zahlreiche Teilnahme.

Gestützt auf Bericht und Vorschläge der Expertenkommission Schaerer aus dem Jahr 2000¹ hat der Bundesrat die längst fällige **Überarbeitung des Bankenliquidationsrechts** an die Hand genommen und zwei Jahre später dem Parlament entsprechende Vorschläge unterbreitet². Diese sind unverändert nochmals ein Jahr später, nämlich am 3. Oktober 2003 verabschiedet worden und am 1. Juli 2004 in Kraft getreten³. Am vergangenen Bundesfeiertag ist eine vollständig neue Bankenkursverordnung (BKV) hinzugekommen. Die nötigen Anpassungen der Bankenverordnung (BankV) und die Selbstregulierung⁴ treten am 1. Januar 2006 wirksam und sind ebenfalls Gegenstand des heutigen Seminars.

Im Unterschied zu den Regelungen anderer Länder beruht die schweizerische Einlagensicherung auf **zwei Säulen** (und zwar schon seit über 20 Jahren):

- Die eine Säule ist das **Konkursprivileg** aufgrund von Art. 37b BankG. Es gewährleistet die vorrangige Auszahlung der Kundeneinlagen bis zu CHF 30'000 pro Gläubiger. Durch die strengen Eigenmittelanforderungen und entsprechende Aufsicht sind die privilegierten Einlagen auch im Fall einer Insolvenz praktisch zu 100% gesichert⁵. Insoweit finanziert sich das Privileg aus der Liquidationsmasse der zusammengebrochenen Bank. Die neuen Verordnungsbestimmungen hiezu sind Gegenstand des Vortrags von Herrn DANIEL ROTH, Leiter Bankinsolvenz und Unterstellungsfragen bei der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK). Ihm und dem EBK-Sekretariat ist nicht nur für die heutige Mitwirkung, sondern auch für die gute

¹ Bankensanierung, Bankenliquidation und Einlegerschutz, Bericht der vom Eidgenössischen Finanzdepartement eingesetzten Expertenkommission, Oktober 2000 („Expertenbericht Schaerer“).

² Bundesblatt 2002, S. 8060-8126.

³ Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2004, S. 2767-2776.

⁴ Vereinbarung der Schweizer Banken und Effektenhändler über die Einlagensicherung.

⁵ Vgl. Expertenbericht Schaerer (Anm. 1), S. 51.

Zusammenarbeit mit der Bankiervereinigung bei der Umsetzung des neuen Rechts zu danken.

- Weil jedoch eine Bankliquidation erfahrungsgemäss lange dauert, braucht es zur schnellen Auszahlung der privilegierten Einlagen im Ernstfall die nötige Liquidität. Sie zu gewährleisten, ist Aufgabe der **Selbstregulierung** als zweiter Säule (Art. 37h BankG). Ihr widmet sich Herr PETER KELLER, ehemaliger Managing Director der Credit Suisse, langjähriges Mitglied unserer zuständigen Kommission (KFR) und der Arbeitsgruppe „Einlegerschutz“, dem unser herzlicher Dank auch deshalb gilt, weil er seinen Ruhestand bis heute Nachmittag aufgeschoben hat. Wie nach dem EU-Recht gilt für die Auszahlung der gesicherten Einlagen eine Frist von drei Monaten, und zwar nicht erst ab Konkurseröffnung, sondern schon ab der ersten Schutzmassnahme (Art. 37h abs. 3 Bst. a BankG). Das bedingt umgehende Vorarbeiten jeder Bank, und nicht erst im Fall einer Insolvenz. Denn die Einlagensicherung gilt nicht pro Kundenstamm gemäss Buchhaltung, sondern pro Kunden (Art. 37b Abs. 1 BankG: „je Gläubiger“). Was dies konkret heisst, wird der Vortrag von JAKOB SCHÄPPER, Direktor der UBS AG, zeigen, dem nicht nur dafür, sondern auch für seine Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Einlegerschutz“ zu danken ist. Die entsprechenden Hinweise werden auch deshalb von Interesse sein, weil jede Bank ihre Zahlen jährlich der EBK wird melden müssen, erstmals aufgrund ihres Abschlusses 2006. In meinen Dank einbeziehen will ich als weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe die Herren ADRIAN ANDERMATT, KLAUS DURRER und OTHMAR STRASSER.

Sodann möchte ich Sie auf zwei **grundlegende Neuerungen** hinweisen. Bisher galten Privileg und – freiwillige – Selbstregulierung lediglich für die Banken. Neu sind auch die Effekthändler ohne Bankstatus einbezogen (Art. 36a BEHG), und die Selbstregulierung ist nicht mehr freiwillig (Art. 37h BankG). Erstmals schreibt das Bankengesetz ausdrücklich eine Selbstregulierung vor, die der förmlichen Genehmigung durch die EBK bedarf.

Mit unserem **Zirkular** Nr. 7422 vom 5. September 2005 haben wir Sie auf die Neuerungen hingewiesen; ein Update befindet sich in Vorbereitung.

Schliesslich haben die Banken und Effekthändler als **Trägerschaft der neuen Selbstregulierung** einen selbständigen Verein gegründet, dessen laufende Geschäfte die Schweizerische Bankiervereinigung führt. Geschäftsführer ist Herr LUCAS METZGER; sein Stellvertreter bin ich. Ihre Fragen dürfen Sie also auch künftig an uns richten. Weil neu auch Effekthändler ohne Bankstatus der Pflicht zur Einlagensicherung unterstehen (Art. 36a BEHG), hat sich der Schweizer Verband unabhängiger Effekthändler an der Gründung des Trägervereins beteiligt. Sein Vorstand besteht aus den Mitgliedern unserer Kommission „Kundengeschäft Schweiz“ unter dem Präsidium von Herrn EUGEN HALTINER, ergänzt durch je eine Vertretung des Schweizer Verbands unabhängiger Effekthändler und der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers, die der Kommission bisher nicht angehören. Vizepräsidenten sind die Herren Dr. PATRIK GISEL und CHARLES STETTLER. Diese Neuigkeiten erfahren Sie, meine Damen und Herren, heute als Erste (genaugenommen als Zweite nach der EBK).

Inzwischen hat der Bundesrat am 30. September 2005 die Anpassungen der Bankenverordnung genehmigt. So werden wir voraussichtlich im kommenden Monat die Banken und Effekthändler zur **Unterzeichnung der neuen Vereinbarung und dem Beitritt zum Trägerverein** auffordern.

Bevor ich jetzt das Wort an die Referenten weitergebe, schlage ich Ihnen vor, jeweils nach den einzelnen Referaten bloss die nötigsten **Verständnisfragen** unmittelbar zu stellen und die Aussprache – wie im Programm vorgesehen – anschliessend an den Vortrag von Herrn SCHÄPPER durchzuführen.